

Thema, auf dem ich auf Grund der Praxis nicht ganz unbewandert bin.“²⁷⁶ Er billigte die Erhöhung des Mindestsatzes, warnte aber vor einer massiven Erhöhung des Budgets:

„Was ich aber an diesem Tische sagen möchte, meine Herren, ist, wenn diese Steuer eingehoben wird, es massive Mehreinnahmen für das Land gibt, spürbare Mehreinnahmen, die dann ebenfalls unter den Finanzausgleich [...] fallen. Mir fürchtet lediglich vor den Finanzen in den nächsten zehn Jahren, wenn mit dem Finanzausgleich zusätzliche Millionen in die Gemeinden fliessen und zusätzlich dann auf Grund dieser vermehrten Mittel die Landesmittel noch einmal um dieselbe Summe ungefähr auf Grund der Subventionen belastet werden.“²⁷⁷

Man war sich einig. Man veranlasste die Steuererhöhung hier erst nächstes Jahr einzufordern. Obwohl die Vorlage der Regierung keine Anpassungen für juristische Personen vorsah, entschied der Landtag anders. Es verbleibe nur noch eine steuerliche Lösung für die tätigen Gesellschaften zu finden, die sowohl gerecht sei gegenüber natürlichen Personen als auch dem wirtschaftlichen Wettbewerb Rechnung trage, meinte der Regierungschef. Roman Gassner äusserte sich generell positiv über die Erhöhung der Gesellschaftsteuer:

„Die Aengste, die Herr Dr. Peter Marxer hat, es könnte dann zuviel Geld hereinkommen und die Gemeinden wären dann zu flüssig, teile ich eigentlich nicht so sehr. Das heisst. Ich bin sehr erfreut über seine Prognosen. Und wenn es dann so wäre, dass das Land dadurch bankrott würde, dass die Gemeinden doch zuviele Subventionen beanspruchen würden, wäre ja der Zeitpunkt da, wo man eventuell im Subventionsreglement etwas zurückschrauben könnte.“²⁷⁸

Die Abstimmung verlief eindeutig mit 14 Ja-Stimmen. Danach formulierte man die spätere Steuererhebung für die Gesellschaften. Die dritte Lesung folgte und das Steuergesetz war beschlossen. Als nächstes Traktandum folgte der umstrittene Finanzausgleich.

7.4.4 Das letzte Treffen zum Finanzausgleich

Die Zeit war gekommen den Finanzausgleich auszuhandeln. Der Umgang mit Volksinitiativen und dem Steuergesetz wurde schon vor zehn Jahren exerziert. Der Präsident leitete die Sitzung ein, stellte den Standpunkt der Regierung fest, die Initiative abzulehnen und wünschte den Auftrag zu bekommen eine Volksabstimmung

²⁷⁶ Ltp vom 22.12.69, S. 636.

²⁷⁷ Ltp vom 22.12.69, S. 637.

²⁷⁸ Ltp vom 22.12.69, S. 638.